

Deutschland darf kein zweites Vietnam werden

Beiträge zur Auswertung des 11. Plenums

Lesen und aufheben für Versammlungen und Seminare von Partei, FDJ, Gewerkschaft usw.

Druck der Kontinuität der Politik unserer Partei, die auf dem 11. Plenum eindrucksvoll ihre Bestätigung fand, nicht nur der stetige Aufschwung unserer Wirtschaft, unserer Lebensbedingungen und unseres gesellschaftlichen Lebens. Die Kontinuität drückt sich letztlich auch in sehr realen, klaren und zugleich warnenden Einschätzungen der Politik und des Lebens im anderen Deutschland, dem Deutschland der Monopole und Militärs, aus. Sie zeigt sich in den Warnungen der Partei der Arbeiterklasse vor der Gefahr der westdeutschen Imperialisten, die sie zeigt sich aber zugleich im Kampf, den unsere Partei gegen diesen Feind der deutschen Nation führt, solange er existiert.

Seit 1939 trat die KPD auf und kämpfte vor dem deutschen Imperialismus in seiner reaktionärsten Form, dem Faschismus, vor dessen Aggressivität und imperialistischen Eroberungskrieg, vor dem Revanchismus und den schneidenden Friedensbeteuerungen derer, die die Verantwortung für den Krieg auf sich damals wie heute ausübten. „Wer nicht wählt, wählt den Krieg“, erklärte die KPD zu Beginn der faschistischen Diktatur.

Heute ist es ähnlich, ja durch den Griff nach der Atombombe noch gefährlicher – oftmals ist die Parallele zu dem erschreckend ähnlich, wenn man die Situation in Westdeutschland mit offenen Augen betrachtet, wenn man die Zusammenhänge durchdenkt.

Bereits vor den Bundestagswahlen kam die ZK unserer Partei auf dem 10. Plenum zu der Feststellung, daß in Westdeutschland (neben den USA) die Aggressivität besonders stark anwächst. Nach den Bundestagswahlen, nach der Regierungserklärung Erhard's mußte nun auf dem 11. Plenum erneut zu diesem für ganz Deutschland so ersten Problem Stellung genommen werden, und Genosse Honecker schloß sich zu der erneuten Feststellung an, daß die Hauptkräfte des Imperialismus nicht stärker, aber aggressiver werden und daß das revanchistische Denken in Westdeutschland nach Vietnam das Hauptzentrum der Kriegsfahrt in der Welt darstellt.

Die stärkere Aggressivität in Westdeutschland zeigt sich vor allem in den von ausserparlamentarischen antonischen Klassenbeziehungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zu Masse der westdeutschen Bevölkerung (hier sei nur an das forcierte Auftreten der Monopole gegen die Gewerkschaften erinnert), sie hängt aber zusammen mit dem abnehmenden ökonomischen und politischen Einfluß Westdeutschlands auf die DDR, das gesamte sozialistische Lager und die jungen Nationen. Das Versuchen sie durch die Förderung einer militärischen Vormachtstellung auszugleichen.

Die stärkere Aggressivität in Westdeutschland zeigt sich vor allem in den von ausserparlamentarischen antonischen Klassenbeziehungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zu Masse der westdeutschen Bevölkerung (hier sei nur an das forcierte Auftreten der Monopole gegen die Gewerkschaften erinnert), sie hängt aber zusammen mit dem abnehmenden ökonomischen und politischen Einfluß Westdeutschlands auf die DDR, das gesamte sozialistische Lager und die jungen Nationen. Das Versuchen sie durch die Förderung einer militärischen Vormachtstellung auszugleichen.

Die Kräfteverhältnisse in der Welt können und konnten die Kreise in Bonn nicht mehr verändern, obwohl sie ökonomisch und militärisch große Anstrengungen unternahmen, indem sie den Konzentrationsdruck in der westdeutschen Industrie beibehielten, gewaltige Investitionen mit Hilfe des Staates und der USA-Rüstungsmonopole vornehmen und nach wie vor ein bedeutendes Wachstum der Produktion festhalten, das sich besonders in den Produktionssektoren der aggressivsten Konzerne zeigt.

Die Ursachen der verstärkten Aggressivität des westdeutschen Imperialismus sind sichtbar spätestens seit Erhard's Regierungserklärung und der Bonner Bundestagsdebatte dazu, sind aber auch in folgender Entwicklung zu suchen:

Auf allen Gebieten treten heute die imperialistischen Widersprüche offen zu Tage. Wenn Strauß z. B. in der Bundestagsdebatte demagogisch daherkommt, Westdeutschland sei ein ökonomischer Riese, militärisch jedoch ein Zwerg, und das sei unheilbarer Widerspruch – dann drückt er offen das aus, worum es Abs, Flick, Krupp und ihren Handlangern heute geht: um die Schaffung einer politischen und militärischen Vormachtstellung Westdeutschlands, um die Neuaufteilung der Welt im Interesse des deutschen Imperialismus.

Sie wollen nicht etwa eine Gleichberechtigung gegenüber anderen Völkern, wie sie unheimlich versichern, sie wollen – eben ein Riese – über andere bestimmen, andere beherrschen und ausplündern. Deshalb versuchen sie, ökonomische Stärke und politische und militärische Vorherrschaft zu paaren, daraus entspringt auch ihre besondere Aggressivität.

Aber das ist nicht neu am deutschen Imperialismus, das tat er schon vor 1914 und vor 1938.

In gewissen Sinne neu – besonders deutlich – entsprechend dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt und den daraus entspringenden anderen Situationen

und Gegebenheiten – sind lediglich die Mittel und Methoden, mit deren Hilfe die aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus in die Tat umgesetzt werden sollen, wobei allerdings auch hier die Handlanger des Monopolkapitals oft genug in die alte Kiste greifen und die alten Klammern mit neuer Farbe und einem anderen Etikett versehen.

Auf Grund eingehender Untersuchungen in unserer Republik und auf der Basis von Veröffentlichungen in halbamtlichen westdeutschen Presseorganen, die zum großen Teil nur den Monopolen und Militaristen zugänglich sind, können wir heute feststellen: Seit 1964/65 vollzieht sich in Westdeutschland auf den Hauptgebieten des gesellschaftlichen Lebens bereits im Frieden eine totale und umfassende Kriegsvorbereitung.

Um diese Entwicklung vor der Öffentlichkeit zu verschleiern bzw. demagogisch zu verharmlosen, entwickelten führende westdeutsche Militaristen eine Theorie der „Gesamtverteidigung“. Sie soll die modifizierten Mittel und Methoden „theoretisch und praktisch“ rechtfertigen, mit denen die Aggressionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus zu gegebener Zeit verwirklicht werden sollen.

Der Kern der Theorie von der „Gesamtverteidigung“ (die von der imperialistischen Theorie der „totalen Wehrgemeinschaft“ ergänzt wird) besteht darin, daß

kräfte sind die Verbände der sogenannten „Heimatschutztruppe“, die 180 000 Mann der Bundeswehrverwaltung und die Reservisten der Ersatzbundeswehr mit 800 000 Mann vorgesehen. Das speziell dafür gebildete „Kommando der deutschen Streitkräfte (KDS)“ erfaßt damit bereits heute nahezu 1 Million Menschen, die es unmittelbar im Interesse der westdeutschen Imperialisten einsetzen kann, ohne auf die NATO zurückzugreifen.

2 Zugleich mit dieser Entwicklung vollzieht sich die Mobilisierung und Vervollkommnung der westdeutschen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potenzen im Rahmen einer „geleiteten und formierten“ Kriegswirtschaft.

Das heißt, es soll unter Einbeziehung der gesamten westdeutschen Wirtschaft und der Bevölkerung bei möglichst weitgehender Ausnutzung des Rüstungspotentials der NATO-Staaten eine variable, aber umfassende, relativ störungsunabhängige materielle Aggressionsbasis geschaffen werden. In Erhard's Regierungserklärung und in der jüngst geführten Bundestagsdebatte kam diese Entwicklungslinie zum Vorschein. Für Erhard ist das der Grundsatz: „Wirtschaftliche Kraft müsse sich in politische Stärke ummünzen“, und bei Barzel

2,5 Milliarden D-Mark. Über diesen Kanal will sich auch das Bonner Kriegministerium A-Waffen verschaffen bzw. die Beteiligung an der atomaren Mitbestimmung erkaufen. Die erste Stufe dazu erreichte Erhard ja bereits, indem er sozusagen als Gegenleistung für eine aktivere Beteiligung am Krieg der USA in Vietnam und für weitere hohe Rüstungskäufe in den USA einen Platz im NATO-Ausschuß für „nukleare Planung“ erkaufte, der den Bonner Militaristen die „Möglichkeit der Mitsprache über Einsatzgrundsätze, Zielplanung, Atomtschele und ähnliche Fragen“ bringt.

● Aus gemeinsamer westeuropäischer Rüstungsproduktion. Diese gemeinsam mit England und Frankreich sowie den EWG-Staaten betriebene Rüstungsforschung und -produktion konzentriert sich besonders auf die Raketen- und Atomwaffenproduktion. Sie ist jedoch infolge der Widersprüche zwischen den NATO-Staaten sehr labil, so daß die eigene Rüstungsproduktion und die der USA als Hauptquellen zur Bereitstellung der Ausrüstung für die aggressive Bonner Armee angesehen werden müssen.

3 Parallel zu diesen beiden Seiten einer umfassenden Kriegsvorbereitung bereits im Frieden vollzieht der westdeutsche Imperialismus als weiteren Bestandteil dessen – gleichfalls in der letzten Zeit verstärkt – den Aufbau eines tiefgreifenden Systems der sogenannten „zivilen Verteidigung“.

Ziel dieser „Zivilverteidigung“ ist es, die totale Kriegsvorbereitung bis in die persönliche Sphäre jedes einzelnen Westdeutschen zu tragen. Die bekannteste und wichtigste Erscheinungsform dafür ist die Notstandsgesetzgebung. Von der ersten sieben Gesetze am 1. Januar 1968 in Westdeutschland in Kraft gesetzt worden sind. Unter ihnen das „Zivilschutzkorporationsgesetz“ und das „Wirtschaftsicherstellungsgesetz“.

Mit der Verwirklichung eines bedeutenden Teiles des Notstandspaketes versuchen die aggressiven Monopole vor allem im Inneren die Arbeiterklasse und die große Masse der Bevölkerung an die totale Kriegsvorbereitung zu ketten. Zugleich schaffen sie damit Bedingungen, um eventuell auftretenden Widerstand der Werktätigen zu brechen.

Welche Rolle die Monopole dieser zivilen Verteidigung zuzumessen, hat der westdeutsche Unternehmerverband BDI in seinem Jahresbericht 1963/64 deutlich zum Ausdruck gebracht, in dem er erklärte: „Der BDI hat seit jeher die zivile Verteidigung als einen entscheidenden Teil der Gesamtverteidigung betrachtet und sie damit gleichzeitig neben die militärische Verteidigung gestellt... Aus diesem Grund hat der BDI eine Notstandsgesetzgebung stets als staatspolitische Pflicht bejaht.“

Neben der Notstandsverfassung, um deren Durchsetzung die Bonner Regierung zur Zeit stark bemüht ist, sind es besonders die sogenannten „Dienstleistungsgesetze“ und die „Sicherstellungsgesetze“, die jetzt wirksam geworden sind. Welchen konkreten Zwecken diese Gesetze dienen, sei hier an zwei Beispielen erläutert:

Da es das bereits genannte „Zivilschutzgesetz“ ist, es zeigt vor, daß neben der Bundeswehr und der „Heimatschutztruppe“ als weitere dritte Säule der westdeutschen Aggressionsstreitkräfte ein 200 000 Mann starkes „Schutzkorps“ aufgestellt wird. Seine Aufgabe sei die „Aufrechterhaltung der Ordnung“, sowohl im Inneren als auch nach außen.

Einem anderen nicht minder wichtigen „zivilen“ Bereich wendet sich das sogenannte „Wirtschaftsicherstellungsgesetz“ zu. Mit diesem Gesetz wird die gesamte westdeutsche Wirtschaft wieder zur totalen Kriegswirtschaft, denn es ermöglicht die Bonner Regierung zur „Rüstungsbedingten Produktionsbeeinträchtigung“. Es regelt so z. B. die Abgabe und Zuteilung von Rohstoffen und Energie sowie Verwaltung, Verlagerung oder den Stillstand von Betrieben, wenn das die herrschenden Kreise in Westdeutschland für richtig halten.

Mit einer solchen Entwicklung knüpfen die westdeutschen Imperialisten würdig an ihre Tradition aus den Jahren 1938/39 an, als sie ebenfalls u. a. eine Notdienstverordnung, ein „Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben“ und eine „Kriegswirtschaftsverordnung“ erließen.

4 Einen wichtigen Platz im System der totalen Kriegsvorbereitung räumen die Vertreter der aggressiven Monopolkapitals und die Militaristen in Westdeutschland heute der ideologischen Kriegsvorbereitung ein.

Sie versuchen deshalb, eine möglichst lückenlose ideologische Aggressionsvorbereitung unter der westdeutschen Bevölke-

rung zu entwickeln. Das Mittel dazu sieht Erhard in der Schaffung einer sogenannten „informierten Gesellschaft“, die, wie er in seiner Regierungserklärung betonte, unmittelbar mit der „formierten Gesellschaft“ verbunden sein müsse.

Die „informierte Gesellschaft“ in Westdeutschland soll besonders in zwei Richtungen ausgebaut werden:

a) durch die weitere Entfaltung einer offenen Kriegspropaganda;

b) durch die verstärkte Popularisierung der Methoden des verdeckten Kampfes, besonders der psychologischen Kriegführung.

„Informierte Gesellschaft“ heißt dabei sowohl Gewöhnung der westdeutschen Bevölkerung an den Zustand totaler permanenter Kriegswirtschaft im Frieden als auch Vertrautmachen der westdeutschen Bevölkerung mit einer Kriegspsychose und mit ideologischer und sachlicher Diversion nach außen, gegen den „matrassierten Gegner“, also die DDR und das sozialistische Lager.

Das Arsenal der offenen Kriegspropaganda in Westdeutschland ist heute jedoch nicht mehr nur auf die massenhafte Verbreitung von überalter Revanché-, Kriegs- und Mordliteratur beschränkt, zu ihm gehört ebenso die Verseuchung der Jugend über die Entartungen in der Tanzmusik, im persönlichen Leben und in den Beziehungen zu den Mitmenschen.

Man konzentriert sich in Westdeutschland dabei besonders deshalb auf die Jugend, weil sie aus eigener Erfahrung bisher nicht die Not, das Elend, die Grausamkeiten und die Verbrechen des deutschen Imperialismus in ihrer ganzen Breite kennengelernt hat und deshalb heute am ehesten wieder für die gleichen Ziele einzuspinnen ist, für die die Jugend 1914 und 1938/39 bereits mißbraucht wurde.

Offene Kriegspropaganda, Verherrlichung des Verbrechens und des Mordes sind allerdings nur die erste passive Stufe der totalen ideologischen Kriegsvorbereitung. Ihr folgt unmittelbar die Aufforderung zur aktiven Anwendung der verdeckten, besonders der psychologischen Kriegführung, die aktive Aneignung der Methoden und Mittel, die das ermöglichen. Zu diesen Formen gehören nicht in erster Linie herkömmliche oder atomare Streitkräfte und Rüstungen, sondern die Unterwürfung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Untergrundarbeit, die Zersetzung der Ordnung, Sabotage, Störung der Wirtschaft und des Verkehrs, Ungehorsam und Aufruhr – wie die „Bonner Rundschau“ formulierte.

Man muß in diesem Zusammenhang auch auf das 11. Plenum des ZK der SED verweisen, wo Genosse Paul Fröhlich die Formen der psychologischen Kriegführung entlarfte und nachwies, wie breit die Skala der Methoden ist, die besonders gegen uns angewandt wird.

Die Vertreter des westdeutschen Monopolkapitals zeigen deutlich das Ziel der totalen ideologischen Kriegsvorbereitung, wenn sie fordern: Wir müssen aufweichen – wir müssen Slop und Hally-Golly, Mopedromantik und Whiskybegeisterung, Beate-Enthusiasmus und Starbuck hinüber-schmeißeln! Das entbehrt uns der Revierordnung des Münchner Abkommens und einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.“

Aber nicht nur das, auch die Zunahme der Verbrechen in Westdeutschland, die Anschläge und Provokationen auf unsere Staatsgrenze, der Versuch von Provokationen bei uns, all diese Dinge sind Ausdruck der verstärkten Popularisierung der Formen des verdeckten Krieges durch die westdeutsche Monopolpresse, das Westfernsehen und den Westfunk.

Hier wird deutlich, daß die Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals das nicht als Selbstzweck betrachten oder diese Mittel und Methoden entwickeln, nur um die Jugend abzulenken. Ihr Ziel ist vielmehr, die Bevölkerung, aber vor allem die Jugend auf aggressive Handlungen vorzubereiten und sie auch schon in Friedenszeiten an tauglichen Objekten „im Kleinen“ mit den Mitteln vertraut zu machen, mit denen sie das große Ziel erreichen wollen.

Daß dem jedoch ein starker Riegel vorgeschoben ist, beweisen neben dem Münchner „Oktobersturm“ die Haltung und der Einsatz der übergroßen Mehrheit der Jugend in unserer Republik wie unserer Bevölkerung insgesamt. Trotzdem gilt es heute mehr als je zuvor, die Entwicklung in Westdeutschland im Auge zu behalten, um eine Aggression zu verhindern bzw. im Keime zu ersticken und den Aggressor in seinen Ausgangspositionen zu zerschlagen.

Dr. Hilmar Sachs,
Institut für Politische Ökonomie

1 Das Parlament vom 1. 12. 1968
2 vgl. „Militärwesen“ Nr. 1/1968, S. 98/99
3 vgl. „Volksarmee“ Nr. 4/1968, S. 4



„Jawohl, mein Junge, wenn du groß bist, kannst du Rußland erobern!“ (Aus ND)

entsprechend dem imperialistischen westdeutschen Kriegsbild – Führung eines Raketenkernwaffenkrieges. Inanspruchnahme der NATO für die westdeutschen Aggressionsabsichten und Anwendung der Erfahrungen des faschistischen totalen Krieges für die Bundeswehr – die umfassende militärische, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und ideologische Vorbereitung einer Aggression bereits vor Beginn militärischer Aktionen abgeschlossen sein muß, da in einem überraschend ausgetrübten bzw. in einem sich aus dem verdeckten Kampf entwickelnden Kernwaffenkrieg die Rüstungsproduktion nicht erst im Kriege organisiert werden kann.

Gegenwärtig legen es die führenden Monopole im Beginn darauf an, alle Potenzen in ihrem staatsmonopolistischen Herrschaftsbereich unter gleichzeitiger Ausnutzung der NATO-Verbündeten auf lange Sicht zu mobilisieren, eine Kriegsbereitschaft im Frieden weitgehend permanent aufrechtzuerhalten bzw. auf entscheidenden Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine kurzfristige Mobilisierungsfähigkeit zu entwickeln.¹

Die in Westdeutschland herrschenden Kräfte bauen zur Zeit ein solches System nach vier Gesichtspunkten auf:²

1 Sie streben nach einem umfassenden, mehrstufig gegliederten militärischen Aggressionspotential in Westdeutschland selbst. Das heißt, nachdem sich die Bundeswehr zu einer modern ausgerüsteten Aggressionsarmee entwickelt hat und mit ihren 12 Divisionen in der NATO eine gewisse Vorcherschaft verwirklichte, vollzieht sich gegenwärtig neben der NATO in Westdeutschland die Formierung eines mehrstufigen militärischen Aggressionspotentials unter der speziellen und ausschließlichen Führung der Bonner Militaristen im Kriegsministerium.

Unabhängig von der NATO bauen die westdeutschen Imperialisten „nationale“ militärische Streitkräfte auf, die ihre aggressiven Ziele (besonders gegen die DDR) ohne Eingriff der NATO verwirklichen sollen. Als personeller Unterbau solcher „nationaler“ westdeutscher Streit-

kräfte sind die Verbände der sogenannten „Heimatschutztruppe“, die 180 000 Mann der Bundeswehrverwaltung und die Reservisten der Ersatzbundeswehr mit 800 000 Mann vorgesehen. Das speziell dafür gebildete „Kommando der deutschen Streitkräfte (KDS)“ erfaßt damit bereits heute nahezu 1 Million Menschen, die es unmittelbar im Interesse der westdeutschen Imperialisten einsetzen kann, ohne auf die NATO zurückzugreifen.

● Aus der bereits erwähnten eigenen Rüstungsproduktion. Sie reicht von Bauten, Bekleidung, leichten Waffen bis zur Entwicklung und Herstellung von atomaren Trägermitteln und Materialien zur Herstellung von Atombomben.

● Aus dem Rüstungspotential der NATO-Staaten. Hier liefern vor allem die USA-Rüstungsmonopole Raketen und ähnliche schwere Waffen sowie Spezialgeräte in einem jährlichen Umfang von über